

# „Demographische Entwicklung“ Ein Thema in Diplomarbeiten

*Diplomarbeiten  
von Studierenden der  
Verwaltungsfachhochschule  
beschäftigen sich  
auch mit der  
„Demographischen Entwicklung“.  
Im Folgenden  
eine Auswahl von Themen,  
die zwischen 2005 und 2008 ent-  
standen sind.  
Mehr VFH-Diplomarbeiten  
finden Sie im Internet.*

---

## Folgen des demographischen Wandels für das Personal der Stadt Kassel – Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung

---

*Verfasser Nils Förster (2007) · Studienort Kassel · Ausbildungsbehörde Stadt Kassel · Betreuer/Gutachter Dr. Hubert Kleinert und Sabine Heber · Aus der Zusammenfassung* Wie auch die Bevölkerung sehen sich die deutschen Belegschaften einem Alterungsprozess ausgesetzt. Die Abschaffung der Frühverrentung sowie der Stellenabbau der Vergangenheit verstärken diesen Prozess. Auch bei der Stadtverwaltung Kassel sieht man sich diesem Problem ausgesetzt. Der demografische Wandel wird in den nächsten zehn Jahren die Belegschaft spürbar altern lassen. Aufgrund dieser Entwicklung hat man sich dazu entschlossen, den demografischen Wandel umfassend zu thematisieren und Strategien zu entwickeln. Für diese Arbeit wurden in zwei Ämtern (im Jugendamt und im Amt Kämmerei und Steuern) der Stadtverwaltung Kassel Interviewbefragungen durchgeführt. Mit den Ergebnissen wurden mögliche Handlungsoptionen beschrieben. Zudem wurde diskutiert wie die Stadtverwaltung Kassel mit den Auswirkungen der Al-

terung ihrer Belegschaft umgehen könnte. Die diskutierten Maßnahmen befassen sich mit der Einführung eines Wissensmanagements, dem Einsatz unterschiedlicher Beschäftigter als Berater, dem Instrument der Altersdurchmischung, mit möglicher regelmäßiger Rotation innerhalb der Stadtverwaltung Kassel, mit besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Beschäftigte und Führungskräfte sowie dem Gesundheitsmanagement.

---

## Der Einfluss der demographischen Entwicklung auf der Gewinnung von Nachwuchskräften für die Stadt Offenbach

---

*Verfasserin Marit Ackermann (2006) · Studienort Mühlheim · Ausbildungsbehörde Stadt Offenbach · Betreuer/ Gutachter Dr. Gabriele Schaa und Beate Kolodziejki · Aus der Zusammenfassung* Die Thematik dieser Arbeit entwickelte sich aus einer Beobachtung des Personalamts der Stadt Offenbach. Seit einigen Jahren wird dort festgestellt, dass die Zahl der eingehenden Bewerbungen auf eine Ausbildungsstelle zunimmt, jedoch relativ dazu auch die Zahl der Fälle ansteigt, in denen sich Leute bewerben, die sich als 'ungeeignet' erweisen, weil sie nicht die erforderliche Qualifikation mitbringen. Im Rahmen dieser Arbeit soll eine Analyse der bestehenden Bevölkerungsstruktur und Prognose der künftigen Bevölkerungsentwicklung im Stadtgebiet durchgeführt werden um daraus Aussagen zu gewinnen, ob es in Zukunft ein Angebot an potenziell geeigneten Auszubildenden im Stadtgebiet geben wird. Als Zeitrahmen wurden hier die nächsten fünf bis zehn Jahre angesetzt. Aus den Ergebnissen sollen Marketing- Instrumente zur gezielten Werbung neuer Auszubildender entwickelt werden. Neben der reinen demographischen Betrachtung wurde eine Untersu-

chung der künftig zu erwartenden Schülerzahlen und Schulabschlüsse durchgeführt, sowie eine gesonderte Betrachtung der heute 6 bis 20-Jährigen im Stadtgebiet vorgenommen.

---

## Welchen Einfluss hat die demographische Entwicklung auf die Finanzausstattung der Stadt Wiesbaden und die daraus resultierenden notwendigen Ausgaben?

---

*Verfasserin Stefanie Löffler (2007) · Studienort Wiesbaden · Ausbildungsbehörde Landeshauptstadt Wiesbaden · Betreuer/Gutachter Jürgen Watz und Rainer Emmel · Aus der Zusammenfassung* Die Arbeit befasst sich mit der Frage, inwiefern die demographische Entwicklung Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden haben kann. Hintergrund ist die Veränderung der Einwohnerzahlen und das steigende Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung. Die Entwicklungen aus abnehmenden Bevölkerungszahlen, Zunahme des Seniorenanteils an der Bevölkerung und sinkende Kinderzahlen betreffen ebenfalls die Länder und Gemeinden. Die Ausarbeitung beschäftigt sich mit der demographischen Entwicklung in Deutschland und Wiesbaden innerhalb der letzten Jahre aufgezeigt. Prognosen zur Entwicklung der Einwohnerzahlen und Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung werden aufgezeigt. Eine Einschätzung der Finanzsituation für die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgrund ausgewählter Einnahmearten erfolgt.. Ausgaben für Investitionen und Aufwendungen der folgenden Jahre werden am Beispiel der zwei am stärksten von der Entwicklung betroffenen Bereiche, der Jugend- und Seniorenbereich, betrachtet. Schließlich werden die Ergebnisse der prognostizierten Entwicklungen unter dem

Aspekt der finanziellen und sozialen Konsequenzen aufgezeigt. Im Resümee der Arbeit wird dargestellt, welche Veränderungen Wiesbaden zu erwarten hat und mit welchen Maßnahmen sie darauf reagieren kann.

---

### Demographische Entwicklung und kommunaler Finanzausgleich in Hessen unter besonderer Berücksichtigung des Hauptansatzes sowie der Ergänzungsansätze – Auswirkungen und Lösungsansätze

---

*Verfasser Tobias Stahl (2006) · Studienort Mühlheim · Ausbildungsbehörde Hochtaunuskreis · Betreuer/Gutachter Claus Rosendahl und Alexander Noll · Aus der Zusammenfassung* Die Bevölkerung in Hessen wird sich bis zum Jahr 2050 um 10% verringert haben. Das Verhältnis zwischen den einzelnen Altersgruppen wird sich zu Gunsten der älteren Bevölkerungsgruppen verschieben. Auf regionaler Ebene wird sich diese landesweite Entwicklung jedoch höchst unterschiedlich gestalten. Dies führt zu einer Zuspitzung der finanziellen Lage vieler Kommunen. Diese Entwicklungen stellen den kommunalen Finanzausgleich vor neue Herausforderungen, denen das heutige System der Einwohnerveredelung nur bedingt gerecht wird. Daher wird langfristig eine umfassende Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs notwendig sein. Hierbei wird es vor allem darauf ankommen, die regional höchst unterschiedlichen Schwankungen der Einwohnerzahlen und die damit einhergehenden finanziellen Belastungen abzufedern. Gleichzeitig muss es auch in Regionen mit niedriger Siedlungsdichte möglich sein, ein flächendeckendes Angebot öffentlicher Leistungen sicherzustellen. Hierbei wird der Funktion zentraler Orte eine größere Bedeutung zukommen als dies heute der Fall ist. Im heutigen System werden zentrale Orte

nur unzureichend gefördert. Um dies zu gewährleisten, erscheint eine Abkehr vom System der Einwohnerveredelung und eine damit einhergehende Erhöhung der Hauptansätze für Kommunen mit zentralörtlicher Funktion als sinnvoll. Die zunehmend schlechte finanzielle Situation der Kommunen wird sich allein durch eine Grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs nicht wesentlich verbessern. Dazu bedarf es einer Gemeindefinanzreform die den Kommunen ausreichende Möglichkeiten gibt eigene Einnahmen zu erzielen und so eigenverantwortliches Handeln im Sinne der Selbstverwaltungsgarantie ermöglicht.

---

### Betrachtung des Generationenvertrages in Deutschland – Ist in Zukunft die Rente mit diesem Modell noch finanzierbar?

---

*Verfasser Steffen Wehnemann (2008) · Studienort Mühlheim · Ausbildungsbehörde Deutsche Rentenversicherung Hessen · Betreuer/Gutachter Angelika Eimer und Gerd Heimrich · Aus der Zusammenfassung* In der Arbeit werden die demographischen Veränderungen, die sich bis zum Jahr 2050 nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ergeben, untersucht, insbesondere wie sich diese Veränderungen auf die gesetzliche Rentenversicherung auswirken. Im Verlauf der Arbeit werden Modellrechnungen zur künftigen Versichertenstruktur der gesetzlichen Rentenversicherung vorgestellt und analysiert. Aufgrund dieser Ergebnisse werden die Einnahmen und Ausgaben betrachtet. Das Kapitaldeckungsverfahren bei privaten Altersvorsorgesystemen wird beleuchtet. Insbesondere werden die Risiken auf den Finanzmärkten dargestellt. Aus allen Ergebnissen zusammen ergibt sich, dass das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung

auch weiterhin funktionsfähig ist, eine zusätzliche private Vorsorge aber durchaus sinnvoll erscheint.

---

### Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels im Bereich der Seniorenpolitik am Beispiel der Stadt Kronberg im Taunus

---

*Verfasserin Claudia Glatzel (2008) · Studienort Wiesbaden · Ausbildungsbehörde Stadt Kronberg im Taunus · Betreuer/Gutachter Reinald Bucerius und Marion-Bohn-Eltzholtz · Aus der Zusammenfassung* Die Anzahl von älteren Menschen in der Bevölkerung wird immer weiter ansteigen. Parallel dazu sind seit 1965 geburtenschwache Jahrgänge zu verzeichnen, die einen Rückgang der Bevölkerungszahlen zur Folge haben. Diese Arbeit setzt sich mit dem Bereich der kommunalen Seniorenpolitik auseinander, der wiederum in verschiedene Handlungsfelder unterteilt wird und zu denen Handlungsempfehlungen gegeben werden. Durch die regionalen Unterschiede gibt es kein konkretes Handlungskonzept, das für alle Kommunen in Deutschland gilt. Diese Arbeit versucht anhand statistischer Daten, Angebots- und Bedarfsanalysen, eine Empfehlung für die Stadt Kronberg im Taunus zu geben. Ein grundlegender Gedanke ist es, Politik nicht nur für sondern auch mit Senioren zu erörtern. Im sogenannten dritten Lebenszeitalter, nach der Berufs- und Familienphase, sind die Senioren auf der Suche nach einer sinnvollen Beschäftigung. Wie eine solche aussehen könnte, wird anhand verschiedenen Organisationsformen erläutert. Es wird aufgezeigt, wie das bürgerschaftliche Engagement der Senioren in den Umgestaltungsprozess mit einbezogen werden könnte und welcher Vorteil sich dadurch für die Stadt ergibt.

---

## Welche Auswirkungen hat die Anhebung der Regelaltersgrenze? Eine kritische Betrachtung des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes und dessen Auswirkungen

---

*Verfasser* **Heiko Rahm** (2008) · *Studienort* Mühlheim · *Ausbildungsbehörde* Deutsche Rentenversicherung Hessen · *Betreuer/ Gutachter* Stefan Hirsch und Peter Gossel · *Aus der Zusammenfassung* Im Jahr 2002 wurde von der damaligen Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, die so genannte Rürup-Kommission einberufen. Diese Kommission sollte unter anderem Vorschläge für eine nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung machen. Im August 2003 präsentierte diese dann ihren Bericht und machte u. a. den Vorschlag die Regelaltersgrenze vom 65. auf das 67. Lebensjahr anzuheben. Dies wurde dann - von der neu gewählten Bundesregierung, bestehend aus CDU und SPD - durchgesetzt und im Rahmen des 'Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung' (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) im März 2007 vom Bundestag verabschiedet und trat am 1.1.2008 in Kraft. Diese Diplomarbeit befasst sich mit den Auswirkungen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes auf die gesetzliche Rentenversicherung sowie deren Versicherte und Rentner, auf andere Sozialversicherungsträger, den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und auf die Gesellschaft. Ziel ist es, einen Ausblick über die Auswirkungen dieses Gesetzes und evtl. Verbesserungsvorschläge zu geben.